

Gewerkschaften nach der Bundestagswahl

## Ein „Weiter so“ kann gefährlich werden

Von Helmut Born\*

Das Ergebnis der Bundestagswahlen ist für die Gewerkschaften mehr als unerfreulich. Die Veränderungen im Bundestag lassen wenig Hoffnung auf eine soziale Politik aufkommen. Die Partei, mit der die Führungen der Gewerkschaften die engsten Verbindungen haben, die SPD, ist mit dem schlechtesten Wahlergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik aus der Regierung gewählt worden. Aber auch DIE LINKE, die oft inhaltlich am nächsten zu den Gewerkschaften steht, konnte ihr Wahlergebnis nur geringfügig, von 8,6 Prozent auf 9,2 Prozent, verbessern. Damit kommen beide Parteien nur noch auf knapp 30 Prozent.

DIE GRÜNEN hatten schon im Wahlkampf zu erkennen gegeben, dass sie eher mit der CDU und der FDP, statt mit SPD und Linken, regieren wollen. Dass darüber hinaus die FDP wieder zweistellig in den Bundestag einzieht, ist aus gewerkschaftlicher Sicht eine dicke Kröte. Das erschreckendste Ergebnis ist aber der Einzug der AfD mit 12,6 Prozent, in den Bundestag. Die meisten Gewerkschaften hatten im Vorfeld der Wahlen deutlich gemacht, dass die AfD nicht wählbar ist. Trotzdem haben viele Gewerkschaftsmitglieder bei dieser nationalistischen, rassistischen und neoliberalen Partei ihre Kreuze gemacht.

Nicht nur für die Parteien sollte dieses Wahlergebnis Anlass sein, über ihre (Mit-)Verantwortung für das Erstarken der AfD nachzudenken. Auch für die Gewerkschaften gilt es, die Politik der letzten Jahre einzuschätzen und entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Trotz eines wirtschaftlichen Aufschwungs in der Bundesrepublik ist es nicht gelungen, prekäre Beschäftigung zurückzudrängen. Ganz im Gegenteil. Der Anteil von Leiharbeit, befristeter oder Teilzeitbeschäftigung an der Gesamtzahl der Beschäftigungsverhältnisse befinden sich auf einem historischen Höchststand. Trotz Mindestlohn ist die Anzahl der Menschen, die Zuschüsse zu ihrem Einkommen bekommen, nur unwesentlich zurückgegangen. Viele können von ihrem Einkommen ihre Familien nicht ernähren. Nach wie vor sinkt der Anteil der Beschäftigten, die nach einem Tarifvertrag bezahlt werden. Im Einzelhandel z.B. gilt dies nur noch für ca. 40 Prozent der Beschäftigten. Die Tariffucht der Unternehmer ist einer der wesentlichen Gründe des sich immer weiter ausbreitenden Niedriglohnssektors.

Im wesentlichen haben die Gewerkschaften kaum Widerstand gegen prekäre Beschäftigung geleistet. Zwar gibt es vereinzelt Kampagnen gegen manche



Die VVN-BdA zeigt in der Ausstellung „Der Arm der Bewegung“ Bernd Höcke in seiner „politischen Schönheit“. Die 11 Ausstellungstafeln (Roll-ups) können gegen geringe Gebühr ausgeliehen werden. → Ausleihe

Arten wie z.B. von ver.di NRW gegen befristete Beschäftigung. Insgesamt aber sind die Gewerkschaften eher Mitgestalter prekärer Beschäftigung. So haben mehrere von diesen Tarifverträge für Leiharbeit abgeschlossen, die weit unter den (Mindest-)Löhnen der jeweiligen Branchen liegen. Die IG Metall hat die Höchsteinsatzzeit von Leiharbeit auf 48 Monate möglich gemacht, obwohl die gesetzliche Einsatzzeit auf 18 Monate beschränkt ist. Und von einer Kampagne gegen Tariffucht ist auch weit und breit nichts zu sehen. Ganz im Gegenteil: Im Frühjahr dieses Jahres hat der Fachbereich Handel mit seinen Aktionen für die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ziemlich alleine dagestanden.

Zur Regierung hat die Gewerkschaftsführung eher eine angenehme Beziehung gepflegt. Statt die Verweigerungshaltung der Regierung zu arbeitsmarktpolitischen und sozialen Fragen anzuprangern, hat man sich eher angeboten.

Dies gilt auch für das Verhalten gegenüber den Arbeitgeberverbänden. Im Rahmen der Standortpolitik wurden die Unternehmen weitgehend geschont. Stattdessen haben wesentliche Teile der DGB-Spitze mit dem Arbeitgeberverband BDA dafür gesorgt, das durch das Tarifeinheitsgesetz der lästigen Konkurrenz der Gewerkschaft der Lokführer Fesseln angelegt werden. Und

auch durch die Tarifpolitik wurde dies untermauert. Lediglich ver.di, GEW und Gewerkschaft der Polizei haben durch ihre Tarifpolitik wesentliche Verbesserungen für Teile ihrer Mitglieder rausgeholt. Die früher so kämpferische IG Metall nimmt heute mehr Rücksicht auf die Interessen der Industrie im Rahmen ihrer Standortpolitik. Von der IG BCE ganz zu schweigen.

Mit dieser Politik haben die DGB-Gewerkschaften dazu beigetragen, dass die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit zunehmend eingeebnet werden. Da ist es nicht verwunderlich, dass Teile ihrer Mitglieder ihre eigenen Interessen nicht mehr erkennen, sondern der Propaganda der AfD auf den Leim gehen, die behauptet, dass Flüchtlinge die Ursache der sozialen Misere in Deutschland seien. Anstatt also die Solidarität in den unteren Klassen zu gewinnen, haben wir die Situation, dass hier gegeneinander gekämpft wird. Gewinner bei diesem Spiel sind die Unternehmer, die keine Angst haben müssen, dass ihre Profitmaximierung ernsthaft bekämpft wird.

\* Mitglied im Landesbezirksvorstand ver.di NRW und ver.di Bezirksvorstandes Düsseldorf  
Erstveröffentlichung in Yeni Hayat/Neues Leben → Yeni Hayat

Thema bei einer unserer letzten Mitgliederversammlung

## Bedingungsloses Grundeinkommen

Von Klaus-Jürgen Hintz

Das *Bedingungslose Grundeinkommen* (BGE) war das Thema einer Mitgliederversammlung der Senioren des Fachbereichs 8 (Medien, Kunst und Industrie), wo es besonders nach dem Referat von Ralf Krämer\* – aber auch schon zwischendurch – in der Diskussion hoch herging. Keine Überraschung bei solch einem mit Emotionen und Sachgegensätzen vollgepackten Thema. Zumal gerade hier bei diesen kontroversen Sichtweisen auf Wunsch und Wirklichkeit die Gegensätze so dicht beieinanderliegen.

Das BGE als sozial-emanzipatorisches Modell oder als ideologie-verschwemmter Wunschtraum, über dessen Umsetzung die Ideengeber selbst untereinander ins Streiten kommen. Deshalb ein kurzer Definitionsversuch:

A) Ein *Grundeinkommen* (oder auch *Bürgergeld* nach neoliberaler Vorstellung) ist ein steuerfreies Staatsgeld, das jeder Staatsbürger von der Wiege bis zur Bahre monatlich ausbezahlt bekommt. Von dieser Summe sind allerdings alle persönlichen Ausgaben selbst zu bestreiten.

B) Das *Bedingungslose Grundeinkommen* wäre ein ebensolches Staatsgeld, welches monatlich dem Berechtigten lebenslang zustände. Dabei sollte diese Summe völlig abgabefrei sein und es entfielen jegliche Verpflichtung zur Leistung einer irgendwie gearteten Erwerbstätigkeit.

Soweit die Grundidee. Dass dabei viele Fragen zu Inhalt und Verfahren selbst bei den Erfindern und Befürwortern dieser *Sozialstaatsidee* unbeantwortet und umstritten bleiben, lässt sich lebhaft nachvollziehen.

Zum Beispiel:

Welche Geldsumme beträgt dieses Staatsgeld (1000 bis 3000 Euro)?

- ▶ Gleiche Höhe oder bedarfsabhängig?
- ▶ Altersunabhängige Geldhöhe?
- ▶ Wer schafft welche Arbeitsprodukte?
- ▶ Wie realisiert sich die Finanzierung dieses Staatsgeldes?
- ▶ Wie hoch wäre diese Staatsleistung per anno (1 bis 3 Billionen Euro)?
- ▶ Wie definiert sich der Kreis der Empfänger dieses BGE (Bürger, Staatsbürger, Staatenlose, Migrant)?

Fazit: Erste Versuche, diesem Sozialvorhaben praktisch näher zu kommen, sind bisher gescheitert. Die Schweizer haben einen solchen Versuch erst vor kurzem zu etwa 80 Prozent abgelehnt. In Finnland hat man vor, in einem ausgesuchten Bereich und speziellen Rahmen, allerdings nur für Arbeitslose, eine Art *Bürgergeld* zu installieren. Außerdem hat sich ver.di ebenfalls gegen einen solchen Versuch ausgesprochen. Insgesamt machen zu diesem Thema, meiner Meinung nach, einige unerfreuliche aber realistische Stichworte die Runde: Wunschdenken vor Realität, Reichtum/Armut für alle, Sozialutopie.

**Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge schreibt u. a. dazu in einem Gastbeitrag für die Süddeutsche Zeitung:**

*Wenn (fast) alle bisherigen Leistungsarten zu einem Grundeinkommen verschmolzen würden, wäre das Ende des Sozialstaates gekommen, wie Deutschland ihn seit mehr als 100 Jahren kennt. Selbst ein reiches Land wie die Bundesrepublik kann sich nicht beides zugleich leisten, die Sozialversicherung mit einem Beitragsvolumen von gut 600 Milliarden Euro und außerdem ein Grundeinkommen, das die öffentlichen Haushalte erheblich mehr Geld kosten würde, als Bund, Länder und Gemeinden heute an Steuern einnehmen. Im Haushaltsjahr 2016 waren das knapp 650 Milliarden Euro.*

→ Gastbeitrag

\* Ralf Krämer ist Gewerkschaftssekretär im Bereich Wirtschaftspolitik beim ver.di Bundesvorstand und fragt im DGB-Debattenportal **Gegenblende** *Bedingungsloses Grundeinkommen – Eine Alternative für Gewerkschaften?* → **Artikel**

27. FilmFestival Cottbus

## Geschichte auf der Leinwand

**Eine Woche lang präsentierte das FilmFestival (FFC) 200 Filme aus 42 Ländern – darunter acht Weltpremieren, 25 internationale Premieren und 85 Deutschland-Premieren. Und es gab auch noch einen neuen BesucherInnen-Rekord: über 21000 Filmfans! „Wir blicken zufrieden zurück auf eine wunderbare Festivalwoche“, so FFC-Geschäftsführer Andreas Stein. Für „Die Querköpfe“ war Angelika Kurowski vor Ort.**

Am Anfang stand ein Cottbuser Traditionsthema: Der Eröffnungsfilm präsentierte die Situation in den ehemaligen sozialistischen Ländern. *Zwischen Tod und Leben* ist der zehnte *Spreewaldkrimi* des ZDF. Da geht's um die DDR-Energiewirtschaft und wie die Personen, die an deren Schalthebeln sitzen, sich die Filetstücke unter den privaten Nagel reißen. Nach mehr als zwei Jahrzehnten kommt da ein Unrecht ans Licht. Allerdings holen sich auch Erpresser und Ermittler mehr als ein blaues Auge. Spannung pur.

Für seinen Film *Wolhynien* – ein Liebesdrama in Zeiten des Genozids – hat Wojtek Smarzowski mit viel Akribie recherchiert. Im Jahr 1939 scheint in einem polnischen Dorf in Wolhynien, heute Ukraine, noch alles in Ordnung, Polen, Ukrainer und Juden leben miteinander, Ehen zwischen den Angehörigen verschiedener Nationalitäten sind normal. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs schlagen vorhandene Animositäten in unbändigen Hass um. Nach der Besetzung durch die Sowjets zerstört der erste Terror das Dorfleben. 1941 beginnt die deutsche Wehrmacht mit dem Genozid an den Juden. Parallel zu den Gräueltaten wächst die Gewalt ukrainischer Nationalisten. Sie nutzen die Gelegenheit, sich für die jahrhundertlange Bevormundung durch Polen brutal zu rächen. Da hat die Liebe einer Polin zu einem Ukrainer keine Chance. 150 Minuten reflektiert der Film *Wolhynien* die mörderischen Mechanismen des Nationalismus und das Trauma, über das offiziell erst seit 1990 gesprochen werden darf. Einen Preis hat dieser Film leider nicht bekommen.



Szenenfoto aus dem polnische Film „Wolhynien“

Die LUBINA ging aber gleich viermal nach Polen. Die Regisseurin Anna Jadowska und die Hauptdarstellerin Marta Nieradkiewicz wurden für das berührende Drama *Wilde Rosen* ausgezeichnet, ein packendes Psychogramm einer jungen Frau in der Provinz. Der Spezialpreis für die beste Regie ging an Maciej Pieprzyca, der Preis für einen herausragenden Darsteller an Miroslaw Haniszewski. Ihr Film heißt *I'm a killer* (Ich bin ein Mörder).

Die Festivalsektion *Heimat/Domownja/Domizna* widmet sich dem Werk des sorbischen Schriftstellers und Publizisten Jurij Koch. Er schreibt nicht nur über die Umweltzerstörung durch die Braunkohle, sondern beteiligt sich auch aktiv an Protestaktionen.

Vor der Eröffnung gab es auch in diesem Jahr die *Cottbuser Filmschau*. Fachjury und Publikum sollten aus 17 Werken von ambitionierten Filmemachern aus der Lausitz die besten ermitteln. Einhellig stimmten alle für *Heimatliebe*, den Debütfilm von David Lay und Laura Witte, in dem ein sorbischer Jugendlicher sein Kulturerbe gegen rechte Aggression verteidigt. In der zweisprachigen Lausitz mittlerweile ein aktuelles Thema!

Am Festivalsonntag drängelten sich Kinder und Erwachsene im Foyer zu einer Preview der rbb-Produktion *Der Schweinehirt*. Sie wird dem großen Publikum den zweiten Weihnachtsfeiertag verschönern: Die ARD sendet das Märchen am 26. Dezember um 13:40 Uhr.

## Hufeisensiedlung

## Wiederverlegung der Stolpersteine

In der Nacht vom 5. zum 6. November 2017 wurden die sieben in der Hufeisensiedlung verlegten Stolpersteine ausgegraben und entwendet. Die Initiative „Hufeisern gegen Rechts“ sorgt dafür, dass die Stolpersteine neu verlegt werden.

Die Wiederverlegung belegt, dass Gedenken an die von deutschen Faschisten während der nationalsozialistischen Diktatur ermordeten Widerstandskämpfer nicht ausgelöscht werden kann. Die Zivilgesellschaft lässt sich ihr Gedenken an diese Menschen nicht nehmen. Die große Zahl der Spenden, die nicht nur aus Neukölln und Berlin, sondern auch aus anderen Bundesländern, ja sogar aus Brasilien kamen, zeigt die Empörung und das Entsetzen über diese Schändung der Toten. Über 10 000 Euro sind bereits auf den Spendenkonten eingegangen. Mit diesem Geld werden nicht nur die herausgerissenen und entwendeten Steine ersetzt, sondern auch eine mehr als doppelt so große Anzahl neuer Stolpersteine in Neukölln finanziert.



## Termine für die Wiederverlegung

## 4. Dezember 2017, ab 13 Uhr in der Onkel-Bräsig-Straße

**Onkel-Bräsig-Straße 46:** Stanislaw Kubicki, Maler, Dichter und Widerstandskämpfer. Er emigrierte 1934 nach Polen. Dort schloss er sich 1939 dem polnischen Widerstand an. 1942 wurde er in Warschau von der Gestapo ermordet.

**Onkel-Bräsig-Straße 111:** Hans-Georg Vötter, Schriftsetzer und Kommunist. Vötter wurde 1943 in Plötzensee ermordet, weil sich in seinem Haus eine illegale Zelle traf und er den Druck von Flugblättern und Zeitungen sowie deren Verbreitung organisierte.

## 5. Dezember, ab 13:00 Uhr drei Steine in der Parchimer Allee

**Parchimer Allee 94:** Wienand Kaasch, an den Haftbedingungen im Januar 1945 im Zuchthaus Luckau verstorben, verurteilt wegen illegaler Tätigkeit als kommunistischer Instrukteur, der sich für den Aufbau freier Gewerkschaften und für die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten eingesetzt hat.

**Parchimer Allee 75:** Getrud Seele, im Januar 1945 in Plötzensee ermordet wegen „Wehrkraftzersetzung“. Sie hatte sich an der Beschaffung von Ausweisen und illegalen Quartieren für bedrohte jüdische Bürger\*innen beteiligt und ihnen zur Flucht verholfen. Verhaftet wurde sie aber aufgrund von Denunziation wegen kritischer Äußerungen über den faschistischen Raubkrieg.

**Parchimer Allee 7:** Heinrich Uetzfeld, im Februar 1941 im KZ Dachau umgebracht, war zum ersten Mal Ende 1933 wegen illegaler Tätigkeit für die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) verhaftet worden. Nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden im Jahr 1937 schloss sich Uetzfeld erneut dem Widerstand an. 1940 wurde er zum zweiten Mal verhaftet und ins KZ Dachau verschleppt.

## Kommentar

Von Kurt Pittelkau

## Die „Würde“ der Pflegebedürftigen

*Sie ist mit der aller Bürgerinnen und Bürger geschützt, durch das Grundgesetz – niemand kann das in Frage stellen. Doch wird die Lebenswirklichkeit kaum an dem tönenden Wort gemessen. Ist nicht etwa eine Kränkung entwürdigend? Kränkt nicht auch geringschätzige Behandlung? Ist es sachgerecht, so zu fragen, oder ist das einfach lebensfremd?*

*Das Leben spricht eine andere Sprache, als das Grundgesetz vorgibt. „Es gibt wohl in keinem Bereich so viele Verstöße gegen Artikel 1 GG wie in der Pflege, beklagen Patientenschützer“, lese ich in einer Tageszeitung. Was belegt schon den Tatbestand, dass so ein alter gebrechlicher, hilflicher, teils auch renitenter pflegebedürftiger Mensch vom Personal der Einrichtung entwürdigt wird? Zumal doch die Pflegekräfte auch Bosheiten der Heimbewohner ausgesetzt sind. Freilich wird in der Reaktion darauf nicht immer zwischen Beschwichtigung und unangebracht harter Zurückweisung unterschieden.*



Foto: Privat

Kurt Pittelkau

*Der Umgangston, das Klima in den Einrichtungen wird natürlich sehr durch Belastungssituationen bestimmt. Da ist auf den vielfach angesprochenen, von keiner Reform bisher bewältigten Personalmangel zu verweisen. Auch die Anwerbung ausländischer Pflegehelfer hat die Situation offenbar nicht wirklich entspannt. Doch scheint sie „der“ Weg zur nachhaltigen Problemlösung zu sein, neben der „endlich“ anständigen Bezahlung der Altenpfleger.*

*ver.di-publik widmet diesbezüglichen Arbeitskämpfen des Klinikpersonals Aufmerksamkeit. „Charité-Beschäftigte machen mit mehrtägigen Arbeitsniederlegungen Druck für Mindestbesetzung.“ Zitiert wird die Krankenschwester Manuela H., die kritisierte, dass im Stationsalltag „das Zwischenmenschliche auf der Strecke bleibt“. Mit drei examinierten Pflegekräften für 33 PatientInnen fehle auf der chirurgischen Station Zeit für Gespräche und Zuwendung.*

*Mir bietet sich noch an, so einen weiteren Zeugen zu zitieren: „Menschen pflegen, sie im Alltag zu unterstützen und ihnen ein Älterwerden in Würde zu ermöglichen, das ist eine schöne Aufgabe“, sagt Azubi Nguyen Ngoc Thanh, im dritten Ausbildungsjahr zum Altenpfleger im Heim „John F. Kennedy“ in Berlin-Reinickendorf.*

→ Alteninformant Pit

## 6. Dezember, ab 13 Uhr in der Gielower Straße

**Gielower Straße 32:** Rudolf Peter, im Februar 1945 im Zuchthaus Brandenburg-Görden zu Tode gefoltert, verurteilt wegen Zugehörigkeit zu einer der größten antifaschistischen Widerstandsgruppen, der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe. Der Buchbinder Peter organisierte mit zwei weiteren Antifaschisten im Ullstein-Verlag den Vertrieb von illegalen Flugblättern und sammelte Geld zur Unterstützung anderer illegaler Kämpfer.

**Gielower Straße 28:** Georg Obst, im Februar 1934 von der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Straße in den Tod getrieben. Obst hatte kurz nach Beginn der NS-Herrschaft illegale Schriften der SPD, wie z.B. die „Sozialistische Aktion“, verbreitet. Ende des Jahres 1933 gelang der Gestapo ein großer Schlag gegen den sozialdemokratischen Widerstand. Mehr als 100 Parteimitglieder wurden verhaftet. In den folgenden Wochen gelang es der Gestapo einen Großteil der Verbindungen zu weiteren Widerstandskämpfern aufzudecken, unter anderem auch zu Georg Obst.

→ Hufeisern gegen Rechts

Nach der Bundestagswahl

## Sinkendes Rentenniveau stoppen !

Von Wolfhard Besser

Die Schlagzeile ist eine zentrale Forderung der Gewerkschaft an die neue Bundesregierung, bekräftigte dieser Tage der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske in einem Interview mit der ver.di-Zeitung *publik*. Auch der Verbandspräsident der Volkssolidarität Wolfram Friedersdorf beklagte die auseinanderdriftende Gesellschaft. Große Teile Ostdeutschlands würden wirtschaftlich abgekoppelt, das habe gravierende Folgen für unsere alternde Gesellschaft.

Während der Koalitionsverhandlungen ist dieses Problem bisher so gut wie nicht thematisiert worden. Lediglich das CDU-Präsidiummitglied Jens Spahn tat sich als „rentenpolitischer Rambo“ hervor: Er forderte die Abschaffung der Rente mit 63. Bundesvize der *Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft* Christian Bäumler warf ihm daraufhin vor, er habe nicht begriffen, dass die Union „auch wegen fehlender sozialer Sensibilität bei den Bundestagswahlen stark verloren“ habe.

Gegenwärtig liegt des Rentenniveau bei knapp 48 Prozent. Das bedeutet für Neu-RentnerInnen eine durchschnittliche Rentenhöhe von 1.014 Euro im Westen und 973 Euro im Osten bei den Männern; bei den Frauen 635 Euro (West) und 861 Euro (Ost). Im Jahr 2030 soll das Niveau bei 43 Prozent liegen. In der letzten Ausgabe der ver.di-Zeitung *publik* ist auf der Spezialeite *Generationen* eine Übersicht zum Rentensystem in Dänemark veröffentlicht. Es garantiert: Wer seit dem 15. Lebensjahr mindestens drei Jahre lang im Land gewohnt hat, erwirbt den Anspruch auf eine ausreichende Rente. Sie setzt sich aus einem Grundbetrag und einer

Rentenzulage zusammen, wobei die dänischen Gewerkschaften erst vor kurzem einen höheren Beitrag der Arbeitgeber erkämpft haben. Nach 40 Jahren besteht der volle Anspruch und das sind gegenwärtig rund 1.600 Euro. Allerdings müssen von dieser Summe Steuern gezahlt werden. Und die Altersgrenze erhöht sich schrittweise von 65 auf 67 Jahre. Außerdem liegt das Preisniveau in Dänemark höher als bei uns. Trotzdem, dieses System erscheint gerechter.

In Deutschland soll das Rentenniveau weiter sinken, wenn nicht gegengesteuert wird. Bis 2030 auf 43 Prozent, so hat es 2004 die rot-grüne Schröder-Regierung beschlossen. Die Folgen werden nun immer deutlicher. Oskar Lafontaine brachte es in einem Interview Ende Oktober zum Zustand der SPD auf den Punkt: Diese Partei mache seit zwei Jahrzehnten Politik gegen die Arbeitnehmer und Rentner. Und da ist auch noch die Ost-West-Rentenangleichung, die nun bis 2025 in die Länge gezogen werden soll, obwohl mehrmals von der Bundeskanzlerin im letzten Jahrzehnt versprochen wurde, das Problem schnellstens zu lösen.

Wenn nicht in dieser Legislaturperiode das deutsche Rentensystem einer deutlichen Korrektur unterzogen wird, ist für künftige RentnerInnen (besonders im Osten Deutschlands) Altersarmut vorprogrammiert. DGB und Sozialverbände machten immer wieder darauf aufmerksam. Wie also weiter in Sachen Rente? Mehr Druck! Hatte Bsirske das nicht versprochen? In den bisherigen Regierungssondierungen spielte die Rentenpolitik keine große Rolle, sorgen wir dafür, dass das anders wird!

Bündnis schlägt Alarm

## Für gutes Essen und die globale Agrarwende



Seit 2011 demonstrieren unter dem Titel „Wir haben Agrarindustrie satt!“ (wir berichteten) alljährlich im Januar zehntausende Menschen – Bäuerinnen und Bauern, LebensmittelhandwerkerInnen, Tier-, Umwelt- und NaturschützerInnen, Aktive der Entwicklungszusammenarbeit, engagierte Jugendliche, GewerkschafterInnen und viele mehr – kraftvoll, bunt und lautstark bei eisigen Temperaturen in Berlin. → Bündnisseite

Am 20. Januar 2018 ist es wieder soweit: „Wir schlagen Alarm für eine bessere Politik“, erklärt Jochen Fritz, der Sprecher des Aktionsbündnisses *Wir haben es satt!*, „Mit unserem unüberhörbaren Kochtopf-Protest sagen wir den Agrarministern der Welt: Der Exportwahnsinn in der Landwirtschaft muss beendet werden.“ Das Demonstrationsbündnis fordert von der nächsten Bundesregierung eine Abkehr von der aggressiven Exportausrichtung der Agrarpolitik, die Bauernhöfe weltweit in den Ruin treibt. Seit 2005 musste in Deutschland jeder dritte landwirtschaftliche Betrieb die Tore schließen, und in vielen Ländern des Südens bleiben oftmals die Kochtöpfe leer. Denn immer mehr Kleinbauern verlieren ihre Einkommensgrundlagen, weil sie nicht mit den Billigimporten aus Europa konkurrieren können.

Den Alleingang des Bundeslandwirtschaftsministeriums beim Glyphosat-Votum in der EU kommentiert Jochen Fritz: „Minister Christian Schmidt hat mit diesem vorgezogenen Weihnachtsgeschenk an Bayer-Monsanto einmal mehr bewiesen, dass er ein Handlanger der Industrie ist. So eine Fehlbesetzung darf es nicht wieder geben. Die nächste Bundesregierung muss bei der Besetzung des Landwirtschaftsministeriums sicherstellen, dass die Interessen von Großkonzernen nicht über die von Landwirten und Verbrauchern gestellt werden.“ Der gesellschaftlich gewollte Umbau der Landwirtschaft und des Ernährungssystems soll endlich umgesetzt werden. Wir brauchen eine artgerechte Tierhaltung, ein Verbot von Glyphosat und von Gentechnik in Tierfutter sowie wirksame Maßnahmen gegen das Insektensterben.

**Demostart am 20. Januar, ab 11:00 Uhr, Berlin Hauptbahnhof, Washingtonplatz  
Ab 13.30 Uhr: Abschluss mit Reden, Musik und Essen am Brandenburger Tor**

kurz & knapp



Der Mannheimer Fotograf Luigi Toscano vor dem großformatigen Porträt der Holocaust-Überlebenden Margot Friedlander. Im Laufe eines Jahres hat er Holocaust-Überlebende in Deutschland, der Ukraine, Israel und Russland besucht. Dabei entstanden über 200 Porträt-Fotos. Auf dem Gelände der Berliner Sophienkirche zeigte er eine Auswahl der Porträts als großformatige, beleuchtete Installationen.



12 000 demonstrieren im Oktober gegen Hass und Rassismus im Bundestag.



Doro Zinke, DGB-Vorsitzende Bezirk Berlin-Brandenburg, Oliver Höbel, Leiter IG Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen, Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender und Wolfgang Biermann bei der Kundgebung zum Antikriegstag 2017 auf dem Pariser Platz. → Aufruf „Neue Entspannungspolitik jetzt!“

**Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen schöne Feiertage und einen guten Rutsch in ein kämpferisches neues Jahr.**  
Die Querköpfe-Redaktion



11. ver.di-Druckertage 2017, Gladenbach: Steffen Lehndorff (o.) vom Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen sprach über die Krise der EU, die ohne Reformen nicht zu retten sei. Gerd Wiegel (u.), Referent der Bundestagsfraktion Die Linke, im Gespräch mit Karin Wagner, ver.di-Bezirksvorsitzende Potsdam. Wiegel referierte über den Aufstieg der Rechten und was dagegen zu tun sei.



Eine erfolgreiche Demonstration gegen atomare Aufrüstung organisierte u.a. ICAN, die Organisation, die am 10. Dezember in Oslo den Friedensnobelpreis bekommen soll. Eine Menschenkette zwischen den Botschaften Nordkoreas und den USA machte auf die drohende Gefahr eines Krieges zwischen den beiden Atommächten aufmerksam und forderte von der Bundesregierung den Beitritt zum UN-Atomwaffenverbot. Friedensaktivisten, als Donald Trump und Kim Jong verkleidet, schoben zwei Atombomben-Attrappen die Strecke entlang. Zwei weitere, maskiert als Bundeskanzlerin Angela Merkel und UN-Generalsekretär António Guterres, zerstörten am Ende symbolisch eine Atomrakete und unterschrieben das Atomwaffenverbot. Für Deutschland würde der Beitritt zum Verbot bedeuten, dass die US-Atombomben aus Büchel abgezogen werden müssten. Schon im Jahr 2010 hatten die Bundestagsfraktionen von Union, SPD, FDP und Grünen gemeinsam den Abzug gefordert. Bis heute ist dies allerdings nicht passiert, die Atomwaffen sollen sogar modernisiert werden. Im Juli 2017 hatten bereits 122 Staaten das Abkommen unterschrieben. Die schwarz-rote Bundesregierung boykottierte das Abkommen. ICAN/qk

Menschenrechte vor Profit - weltweit!

## Kriminellen Konzernen das Handwerk legen!

**Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza (Bangladesch), Kriegsgräueltaten rund um die Minen im Kongo, Kinderarbeit auf Kakaoplantagen der Elfenbeinküste: Schwere Verletzungen der Menschenrechte sind zu einem strukturellen Bestandteil der globalisierten Wirtschaft geworden.**

Handels- und Investitionsschutzabkommen wie CETA, EPAs & Co öffnen Unternehmen den Zugang zu Märkten und Rohstoffen und machen ihre Profitinteressen zu einklagbaren Rechten. Menschen, die von denselben Unternehmen in ihren grundlegenden Rechten verletzt wurden, bleiben hingegen schutzlos.

Das muss sich ändern! Deswegen gibt es auf UN-Ebene aktuell eine Initiative, die Menschenrechte auch gegenüber großen Konzernen durchsetzbar machen will, mit einem sogenannten *Binding Treaty* (= rechtsverbindlicher Vertrag). Attac und über 700 zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit setzen sich für ein verbindliches und möglichst starkes Abkommen ein. Doch Deutschland und die EU mauern. Macht Druck für einen wirkungsvollen Schutz von Menschenrechten!

Ob Handys, Kleidung oder Schokolade: Am Beginn der globalen Produktions- und Lieferketten auch unserer täglichen Konsumprodukte stehen regelmäßig schwerste Menschenrechtsvergehen. Unternehmensgewinne speisen sich vielfach aus menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen, Ausbeutung und Sklaverei, schwersten Umwelterstörungen und Landraub bis hin zu Vergewaltigungen, Folter, Mord und Kriegsverbrechen. Von rechtlichen oder wirtschaftlichen Konsequenzen für die Auftraggeber, unter anderem deutsche und in Deutschland agierende Großkonzerne, keine Spur – weder am Ort des Geschehens, noch bei uns.

Dabei sind Deutschland, Europa und die anderen Industrieländer mitverantwortlich für die Misere. Zwar stellt niemand das Menschenrechtssystem der Vereinten Nationen offen in Frage. Doch bleiben die bisherigen Erklärungen, Verträge und Leitprinzipien zahnlos: Entweder sind sie nicht rechtsverbindlich oder es fehlen ihnen Durchsetzungs- und Sanktionsmöglichkeiten. Dem stehen zahlreiche völkerrechtliche Verträge im Bereich von Investitionsschutz und Handel gegenüber. Sie sichern Konzernen z.B. direkten Zugang zu Arbeitskräften, Ressourcen und Absatzmärkten oder machen ihre Gewinne einklagbar. Auf diese Weise haben deren Profitinteressen effektiv Vorrang gegenüber Menschenrechten erhalten.

Das hat Folgen. So wurde zwischen 2005 und 2013 mehr als die Hälfte der an britischen, französischen und deutschen Börsen notierten Unternehmen mit Menschenrechtsverletzungen und negativen Wirkungen auf die Umwelt in Verbindung gebracht, darunter Unterdrückung von gewerkschaftlicher Organisation, Einschüchterung und Gewaltandrohung von GewerkschafterInnen, Zusammenarbeit mit Privatarmeen, Kinderarbeit, ausbeuterische Löhne, unzureichende Sicherheits- und Arbeitsstandards, etc. (International Peace Information Service 2015).

In den Vereinten Nationen wird seit 2014 auf Initiative von Ecuador und Südafrika ein verbindliches Abkommen (*Binding Treaty*) für Wirtschaft und Menschenrechte verhandelt. Es sieht vor, dass Konzerne sich nicht länger ihrer menschenrechtlichen Verantwortung entziehen können und sich für

Verstöße verantworten müssen. Und zwar auch dann, wenn sie im Ausland tätig sind oder es sich um Tochterunternehmen oder abhängige Zulieferfirmen handelt. Eingesetzt wurde diese Arbeitsgruppe des Menschenrechts-

### Die Forderungen der deutschen Treaty-Allianz\*

- ▶ Die Staaten müssen sich mit dem *Binding Treaty* verpflichten, die bei ihnen ansässigen Unternehmen ihrerseits gesetzlich zur Achtung der Menschenrechte zu verpflichten – auch bei Auslandsgeschäften, in Bezug auf Tochterunternehmen, Subunternehmer und Lieferketten.
- ▶ Betroffenen muss effektiver Rechtsschutz gewährt werden, auch im Herkunftsstaat eines Unternehmens.
- ▶ Es ist zu regeln, wie Staaten in grenzüberschreitenden Fällen zusammenzuarbeiten haben, um Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen.
- ▶ Der *Binding Treaty* muss festlegen, dass die in ihm enthaltenen Pflichten Vorrang vor den Verpflichtungen von Handels- und Investitionsschutzabkommen besitzen.
- ▶ Es ist ein unabhängiger Expertenausschuss vorzusehen, der Staatenberichte zum Umsetzungsstand entgegennimmt und individuelle Beschwerden gegen Staaten prüft.
- ▶ Der *Binding Treaty* muss einen Prozess zur Schaffung eines internationalen Gerichtshofs für Menschenrechte anstoßen, vor dem Betroffene bei Menschenrechtsverstößen gegen transnationale Unternehmen klagen können.

\* Die *Treaty Alliance Deutschland* besteht aus einem breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen, zu dem neben Attac u.a. große kirchliche, Umweltschutz- und entwicklungspolitische Organisationen gehören.

rats gegen die Stimmen der westlichen Industrieländer. Auch Deutschland und die EU verhalten sich skeptisch oder gar ablehnend und nahmen an den ersten Sitzungen nicht bzw. nur als passive Beobachter teil.

Das ist unverantwortlich! Menschenrechte müssen durchsetzbar werden und endlich Vorrang vor Konzerninteressen genießen. Der „Treaty-Prozess“ stellt dafür eine große Chance dar. Doch noch ist unklar, ob er gelingt und ob die verhandelten Instrumente effektiv genug ausfallen werden. Klar ist hingegen, dass sich auch Deutschland und die EU in einer positiven Rolle an den Beratungen beteiligen müssen. Deutschland ist schon vom Grundgesetz her verpflichtet, die Menschenrechte zu schützen. Es braucht jetzt Druck von der weltweiten Zivilgesellschaft und uns allen, um dieses Abkommen voranzubringen.

attac

PROJEKT  
KRITISCHE  
AUFKLÄRUNG

## »Zur Zeit der Verleumder«

Eine ideologiekritische Intervention gegen die Instrumentalisierung von  
Juden, Judentum und der jüdischen Katastrophe

Konferenz in Berlin am 10. Februar 2018 mit Moshe Zuckermann, Rolf Becker, Esther Bejarano, Moshé Machover, Jackie Walker u.a.

Projekt Kritische Aufklärung ist ein Zusammenschluss für ideologiekritische Interventionen gegen rechte Tendenzen in Deutschland. Er wurde im Juli 2017 von deutschen und israelischen Marxisten – u.a. Journalisten, Künstler, Wissenschaftler, die meisten sind politische AktivistInnen – gegründet, die besonders besorgt sind über antiemanzipatorische Bestrebungen, den fortschreitenden Verrat an kritischer Aufklärung und Verfall der politischen Kultur innerhalb linker Bewegungen, Parteien und Medien.

→ Anmeldung

## Jonny – Archivar der Artistenwelt

### Ein Nachruf von Annemarie Görne

Regelmäßige Besucher der MedienGalerie in der Berliner Dudenstraße haben mindestens eine der drei Ausstellungen gesehen mit den bunten Archivalien aus der Welt des Varietés. Unser Kollege Jonny Markschiess van Trix hatte dafür aus seinen reichen Schätzen interessante Stücke ausgewählt: Plakate, Programme, Kostüme. Jonny (mit bürgerlichem Namen Julian Markschiess, dem er als Künstlername das van Trix anfügte) hatte unbedingt Artist werden wollen. Dazu seine, ein Leben lang unvergessene Begegnung mit Charlie Chaplin, der tatsächlich im März 1931 nach Berlin gekommen war zur Aufführung seines Films „Lichter der Großstadt“. Später wurde die damals entstandene Aufnahme eines 10jährigen Berliner Jungen neben dem Weltbekannten sein Autogrammfoto.



Foto: Petra Grande

#### Julian Markschiess van Trix

Der Junge, Mitglied der Roten Falken, musste schon frühzeitig seine alleinstehenden Mutter unterstützen, machte in Weißensee eine Lehre als Fahrradmechaniker, musste im Weltkrieg Soldat sein, versuchte sich aber im neuen Frieden endlich als Artist. Doch schon 1946 war es mit der erhofften Karriere vorbei, als er bei einem Sturz aus sechs Metern Höhe sein Bein so schwer verletzte, dass es das endgültige Aus bedeutete. Aber nicht die Aufgabe der geliebten Artistenwelt: Jonny machte es zu seiner Lebensaufgabe, fortan alles zu sammeln, was zum Thema gehörte, und das unablässig viele Jahrzehnte lang. Vor der Wende hatte er eigene Ausstellungsräume dafür erhalten, nun ist seine bedeutende Sammlung „documenta artistica“ im Besitz des Märkischen Museums und zählt zu den bedeutendsten Spezialsammlungen zur Geschichte der Unterhaltungskünste. Außerdem verfasste er Bücher zum Thema, gehörte zu den Initiatoren der DDR-Artistenschule, und vor allem war er der wesentliche Gründer einer Gewerkschaft für Artisten. Die schließlich Teil von ver.di wurde.

Fast wäre Jonny – Jahrgang 1920, Urberliner, der sein Leben im Kiez zwischen Wallstraße und Fischerinsel verbrachte – 97 Jahre alt geworden. Das hat er leider nicht geschafft, er starb am 4. September 2017. Standesgemäß erhielt er ein Grab neben vielen Berühmten auf dem Sophienstädtischen Friedhof.

#### Arbeitskreis Frauen in ver.di

## „Ein Schuhkarton von Frau zu Frau“

Nur wenige Menschen kennen den 25. November als *Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt an Frauen*. Leider ist es immer noch notwendig, an diesem Tag an die Gewalt gegen Frauen zu erinnern. **Gewalt, nicht nur im Beruf und Freizeit, sondern auch in den eigenen vier Wänden!!! Aus diesem Grund sind die Frauenhäuser nach wie vor leider unverzichtbar.**

Deshalb wollen wir, der Arbeitskreis Frauen in ver.di, auch in diesem Jahr zu Weihnachten, für die Frauen in den Frauenhäusern, ein wenig Freude bringen und bitten Euch um Päckchen mit netten Kleinigkeiten. Also einen ganz normalen Schuhkarton mit schönen neuen Dingen füllen, über die Frau sich freuen kann: beispielsweise einen Schal, ein Stückchen gute Seife, einen angenehmen Duft, ein Duschgel, Kaffee und/oder Tee, etwas Weihnachtsgebäck, Schokolade, Nüsse . . . Also alles was in schweren Zeiten tröstet. Für die Kinder eine Kleinigkeit wie Überraschungsei, Pixiheft, Knete, Buntstifte . . .

Die Kolleginnen in den Frauenhäusern bitten darum, keine Kerzen (LED-Kerzen sind aber ok), Alkohol oder Bargeld einzupacken!

Wir bitten außerdem unbedingt die Abgabezeiten der Päckchen einzuhalten, da wir nach dem 8. Dezember nichts mehr annehmen können!!! Seid doch bitte so nett und packt die Pakete „endgültig“. Wir haben leider keine Zeit und Möglichkeit diese Arbeit für Euch zu übernehmen. Außerdem haben wir kein Interesse daran zu überprüfen, was Ihr verschenken wollt.

Damit genügend Zeit zum Besorgen und Verpacken der hübschen Sachen bleibt, beginnen wir bereits jetzt mit dem „Trommeln“ und haben verabredet, dass Eure Päckchen in der Zeit von Montag, dem 27. November bis zum Freitag, dem 8. Dezember 2017 tagsüber im ver.di-Haus, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin beim Empfang im Foyer abgegeben werden können.

Unsere Aktion ist nicht zu verwechseln mit der Aktion „Weihnachten im Schuhkarton“, die ganz andere Zwecke verfolgt. ver.di

#### DGB Berlin zieht um

## Abriss und Neubau in der Keithstraße



Foto: Heiko Glawe

Der DGB Berlin-Brandenburg zog nach 53 Jahren aus dem Gewerkschaftshaus in der Keithstraße aus. Das Haus, 1969 Schauplatz von Auseinandersetzungen mit der Außerparlamentarischen Opposition (APO), wird abgerissen. Seit 1991 hatte der neu gegründete DGB Landesbezirk Berlin-Brandenburg seinen Sitz im Gewerkschaftshaus in der Keithstraße. An selber Stelle wird ein moderner Neubau entstehen, in dem die DGB Bundeszentrale, der Bezirk Berlin-Brandenburg sowie die bisherigen gewerkschaftsnahen Mieter des Gewerkschaftshauses ab 2020 wieder ihren Platz finden werden. Für die Übergangszeit ist der DGB Berlin-Brandenburg ab sofort im Kapweg 4, 13405 Berlin, zwischen den U-Bahnhöfen Afrikanische Straße und Kurt-Schumacher-Platz untergebracht. dgb/qk

## Termine

## FB 8

SeniorInnen vom Fachbereich Medien, Kunst und Industrie (FB 8), Berlin-Brandenburg treffen sich zur

## Mitgliederversammlung

im ver.di-Haus, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin, wenn nicht anders angegeben, immer Raum 3.12 (3. Etage) um 11:00 Uhr am

### 29. Januar 2018

## »Polizei- und Überwachungsstaat«

mit Niklas Schrader, Fraktionsvorstandsmitglied der Partei *Die Linke*, Sprecher für die Politikfelder Datenschutz, Verfassungsschutz und Drogenpolitik

Weitere Mitgliederversammlungen in 2018 am 19. März, 4. Juni, 30. Juli, 24. September und 26. November

→ [Unsere Web-Seite](#)

## Rentner helfen Rentnern

Informationen und Unterstützung für ver.di-Mitglieder

### SGB XII, Grundsicherung bei Altersrente, Sozialhilfe bei Zwangsverrentung, Wohngeld

im ver.di-Haus, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin.

Nur nach telefonischer Terminvereinbarung unter der Rufnummer 0 30-88 66 41 03

## Impressum

**Redaktionsanschrift:** „Die Querköpfe“, ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin. Redaktions-Mail: [diequerkoepe@gmx.de](mailto:diequerkoepe@gmx.de)

**Redaktion:** Annemarie Görne, Angelika Kurowski (Korrektur), Anna Schendel, Wolfhard Besser, Kurt Pittelkau, Peter Asmussen (Koordination, Layout)

**Herausgeber:** SeniorInnenvorstand im Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie im Landesbezirk Berlin-Brandenburg

**V.i.S.d.P.:** Andreas Köhn, Fachbereichsleiter FB 8

Diese Online-Zeitung wird von Berliner SeniorInnen komplett ehrenamtlich erstellt. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. → [Querköpfe-Archiv](#)

**Die nächste Ausgabe erscheint im März 2018**

## Bildungsangebote für SeniorInnen

→ [ver.di Bildungsportal](#)

03.04.–07.04.2018 ver.di-Seminar in Bielefeld

### Chance zwischen Arbeit und Ruhestand

Nun ist es bald soweit. Mit dem Ausscheiden aus der Erwerbsarbeit liegt ein neuer Lebensabschnitt vor dir. Nach der Phase zumeist fremdbestimmter Arbeit und Zeit stellen sich neue Fragen:

- Was wolltest du immer schon tun? Wozu fehlte dir die Zeit?
- Bist du gerüstet, um deinem Alltag einen neuen Inhalt zu geben?
- Machst du dir Gedanken über deine Finanzen oder hast du gesund heitliche Sorgen?
- Wirst du Kontakte halten und ausbauen können?
- Wirst du dich weiter engagieren und organisieren?
- Weißt du schon wie du im Alter wohnen möchtest?

→ **Unverbindliche Anfrage**

05.02.–09.02.2018 ver.di-Seminar in Bielefeld

### Alter braucht gesicherte Zukunft

sozialpolitische Entwicklung zur Renten- und Pflegeversicherung

Im Mittelpunkt des Seminars stehen Themen wie:

- Wirtschaftliche Unsicherheit und Armut von Menschen
- Folgen von Erwerbslosigkeit und prekärer Beschäftigung auf die Rente
- Vorschläge für eine zukunftssichere Renten- und Pflegeversicherung

→ **Unverbindliche Anfrage**

### »Das Jahr der Trumps« – 2017 im Spiegel der Karikatur

Cartoon-Ausstellung vom 11. Januar bis 9. März 2018



→ [MedienGalerie](#)

Ab Januar zeigen mehr als 50 prominente Protagonisten des kritischen Zeichenstiftes Eindrücke vom vergangenen Jahr 2017 in ihren besten Cartoons und Karikaturen. Mit feinsinnigem Humor und bössartiger Satire blicken die Cartoonlobbyist\*innen zurück auf ein Jahr der Populisten, Autokraten, Fanatiker und Nationalisten. Ihre Arbeiten kritisieren den Umgang der Menschen miteinander und mit unserer Erde. Sie liefern Denkanstöße und verdeutlichen Zusammenhänge in Politik, Gesellschaft und unserem Verhalten auf einprägsame Weise. Ab und zu bringt ein befreiendes Lachen über uns selbst neue Kraft, die Dinge aus einem anderen Blickwinkel zu sehen und zu verändern. Das wünschen sich die Cartoonlobbyist\*innen mit dieser Ausstellung für 2018.

#### MedienGalerie Berlin

Dudenstraße 10, 10965 Berlin  
Telefon 0 30-88 66 54 02  
[www.mediengalerie.org](http://www.mediengalerie.org)

#### Öffnungszeiten:

Mo-Fr 14:00-16:00 Uhr  
Di 17:00-19:00 Uhr  
Do 14:00-19:00 Uhr